

Mietschulden

Coronabedingter Kündigungsschutz läuft aus

Die gesetzliche Regelung zum coronabedingten Kündigungsschutz läuft aus. Wer aus Corona-Gründen seine Miete nicht zahlen kann, hat bis Ende Juni Aufschub. Dann muss sie bezahlt werden. Das kann wegen der Arbeitsmarktlage nicht jeder. Gegenwärtig sind in Köln 30 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit.

Infolgedessen steigt die Zahl der Wohngeldanträge. In der Wohngeldstelle an der Aachener Straße liegen 5500 Anträge unbearbeitet auf Halde. Jeden Monat kommen 1900 dazu. Aber die Frist für die Mietenstundung bis Ende September zu verlängern, hält Ministerin Ina Scharrenbach für keine gute Idee. Wörtlich: „Nein. Es ist doch wesentlich wichtiger, dass Mieter ihre Miete pünktlich zahlen können.“

Dieselbe Ministerin will, dass ab 1. Juli eine Mieterschutzverordnung gilt. Was hat es damit auf sich? Diese Verord-

nung soll vier andere ersetzen. Das betrifft erstens die Mietpreisbremse. Sie soll statt wie bisher in 22 Städten mit insgesamt 4,1 Mio. Einwohnern nur noch in 18 Gemeinden mit insgesamt 2,9 Mio. Einwohnern in NRW gelten.

In dieser Ausgabe:

- Mietschulden ohne Kündigungsschutz
- Öffentlicher Wohnungsbau statt Renditeorientierung
- Wachsende Arbeitslosigkeit
- Kohleausstiegsgesetz
- Widerstand im Braunkohlerevier

Zweitens wird die Kappungsgrenze von 15% in einer Reihe von Gemeinden (vorher 59, jetzt 37) gekappt. Drittens wird die Kündigungsfrist, also die Sperrfrist bei Kündigung wegen Eigenbedarfs nach einem Eigentümerwechsel, von acht auf fünf Jahre reduziert. Auch in Köln.

Derartige Umwandlung einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung kann viertens von den Gemeinden nicht mehr verhindert werden. Den Milieuschutzsatzungen wird diesbezüglich durch das Auslaufen der Umwandlungsverordnung der Zahn gezogen. Köln hatte gerade erst im Dezember für das

Severinsviertel eine solche Erhaltungssatzung beschlossen. Es ist also deutlich, dass Ministerin Ina Scharrenbach nicht die Mieter, sondern die Investoren schützt. Ihre Mieterschutzverordnung ist in Wirklichkeit eine Investorenschutzverordnung.

Auf der Kundgebung am 20. Juni hat das Kölner Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn den Rücktritt der Ministerin gefordert. Weitere Forderungen waren: Mietschulden erlassen! Mieten senken! Zwangsräumungen, Versorgungssperren und Kündigungen verhindern!

Klaus Stein

Öffentlicher Wohnungsbau statt Renditeorientierung!

Im Frühjahr 2014 wollte in der Fontanestraße ein Mieter partout nicht aus seiner Wohnung. Es leuchtete ihm nicht ein, wie der Vermieter seinen Ei-



Demo gegen Mietenwahnsinn vom 01.04.20, Foto: *Recht auf Stadt*

genbedarf begründete. Wenn er davon erzählte, ging es vielen so. Und als der Gerichtsvollzieher und eine Hundertschaft Polizei Kalles Wohnungsräumen wollten, füllte sich zunächst mal die Fontanestraße mit hunderten von Menschen, die gegen diese Maßnahme protestierten.

Seinerzeit gab es bundesweit 25.000 Zwangsräumungen im Jahr, in Köln allein 1400. Heute sind es nicht weniger. Im Frühjahr 2014 standen aber auch Kommunalwahlen an. So mußte sich jede Partei zum Thema Wohnungspolitik äußern. Ganz Köln war mit den einschlägigen Plakaten vollgeklebt.

SPD: Bezahlbar wohnen in ganz Köln!

CDU: Wohnraum? Bezahlbare Mieten? Mehr davon!

Grüne: Wohnen muß bezahlbar sein!

Linkspartei: Miethaie stoppen! Bezahlbare Wohnungen!

FDP: Mehr Wohnungen! Niedrigere Mieten!

Aber diese Parteien, die wieder in den Stadtrat wollten, saßen schon vorher drin. Auf den Wohnungsmarkt hätten sie zuvor schon Einfluss nehmen können. Trotzdem waren im Jahr 2013 nur 7% des Wohnungsbestandes in der Sozialbindung, obwohl 45% der Kölnerinnen und Kölner darauf einen Anspruch hatten. Allein im Jahr 2013 waren die Mieten um 9% explodiert. Und zuvor waren zu wenig Wohnungen und vor allem zu wenig bezahlbare Wohnungen genehmigt, gebaut und fertig gestellt worden.

Aber 2014 standen ja alle Parteien angeblich auf der Seite der Mieter. Trotzdem ging es schief. Die Wohnungsnot blieb. Wir haben sie immer noch und sie ist schlimmer als zuvor. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt, die Mieten steigen.

Tatsächlich beschränkt sich das politische Konzept der bürgerlichen Parteien darauf, Investoren anzulocken. Das Wohnen soll Ware bleiben, die man sich leisten können muss. Die FDP forderte im Kommunalwahlkampf 2014, dass „alle Bauherren, Privatpersonen wie gewerbliche Investoren, von

der Verwaltung besser betreut werden müssen“. Die CDU-Forderung hieß: „Private Investoren müssen Anreize geboten bekommen“. Aber auch die SPD wollte „private Investoren in die Pflicht nehmen, geförderten Wohnungsbau zu errichten“.



Plakat aus dem Jahre 2014, Foto: *Klaus Stein*

Aber die Frage ist doch: Kann günstiger Wohnraum entstehen, wenn der Wohnungsmarkt von einigen großen privaten Wohnungskonzernen und deren Renditeerwartungen beherrscht wird? Bau und Unterhaltung von Wohnraum ist eine öffentliche Aufgabe, die von öffentlichen Wohnungsunternehmen mit öffentlichen Geldern und steuerbegünstigt umgesetzt werden muss.

Klaus Stein

Wachsende Arbeitslosigkeit

Am 4. Juni gab die Bundesanstalt für Arbeit bekannt, dass im Mai 2,813 Mio Menschen arbeitslos waren, 577.000 mehr als ein Jahr zuvor. Im April waren es 300.000 mehr als im April 2019

Beschäftigten, bezahlt wird. Schon im März und April hatten die Unternehmen für 10,66 Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet. Tatsächlich wurden es im März allenfalls 2,2 Mio, aber Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit zufolge schon im April rund 6 Mio. Im Mai sind noch einmal 1,06



WIWO.DE

Der kontrollierte Bankrott

Unser Wirtschaftssystem floriert auf der Basis des Ruins. Die aufgeschobene Insolvenz ist seine Geschäftsgrundlage. Schulden werden nicht mehr getilgt, sondern mit neuen Schulden ins



SUEDEDEUTSCHE.DE

Coronavirus: "Die Lösung liegt im Pessimismus"

Der britische Philosoph Alain de Botton über den unnützen Satz "Alles wird gut" und worauf es im Leben wirklich ankommt.

Gastronomie- und Dienstleistungssektor stark betroffen sei.

Nüchter teilt auch mit, dass an Ausbildungsstellen im Zeitraum von Oktober bis Mai gerade mal 5123 gemeldet worden seien, 1186 weniger als im selben Zeitraum 2018/19.

Richard

ausfallen als die befristete Senkung der Mehrwertsteuer, von der zu hoffen wäre, dass sie eins zu eins in den Konsum geht.

Das zu entscheiden hat aber nicht der Käufer, sondern der Verkäufer.

Der Kinderbonus mit 300 Euro je Kind schlägt mit 4,3 Mrd Euro zu Buche.

Das ist es auch schon. Alles andere sind Subventionen für Unternehmer. Selbst die höheren Kosten für die KdU (Kosten der Unterkunft), die 4 Mrd Euro betragen sollen, kommen den Vermietern zugute – wem sonst? Es gibt 7 Mrd Euro Subventionen für eine „nationale Wasserstoffstrategie“, also für Firmen, die hier investieren wollen, weil sie sich einen Gewinn ausrechnen. 5 Mrd für den Ausbau des 5G-Netzes, für E-Mobilität 2,5 Mrd und Kaufanreize für E-Fahrzeuge noch mal 2,2 Mrd Euro. Künstliche Intelligenz: 2 Mrd, Quantentechnik 2 Mrd.

Pünktlich zum 5. Juni, als das Konjunkturprogramm in der Zeitung stand, wurde von der Europäischen Zentralbank bekannt gegeben, dass sie ihr Krisenprogramm von ursprünglich 750 Mrd Euro um weitere 600 Mrd Euro aufstocken werde. Die FAZ: „Das ist unerwartet viel. Den Dax lässt das nur vorübergehend steigen.“

Offenkundig gehen diese Riesensummen nicht in den Massenkonsum, was allein die anrollende Krise aufhalten



ZEIT.DE

Corona-Rettungsprogramm: Wann sind wir pleite?

Die Rettungsprogramme in der Corona-Krise werden immer teurer. Doch was Deutschland sich leisten kann, hängt nicht nur von der Schuldensumme ab.

Regierungsamtlich zugelassene Medien. Untergangsstimmung vom 24. Mai 2020.

gewesen. In anderen Jahren sinkt die Quote im Frühjahr, in diesem Jahr stieg sie um 0,3 % auf 6,1%.

Wenn man diese Angaben mit den US-amerikanischen Zahlen vergleicht, scheint die Lage erträglich. Das Managermagazin geht dort von 40 Mio Arbeitslosen aus.

Im Vergleich zu den US-amerikanischen scheinen die deutschen Zahlen nicht so schlimm. Das liegt aber allein an der Einrichtung der Kurzarbeit, die aus der Arbeitslosenversicherung, also den diesbezüglichen Lohnanteilen der

Mio dazu gekommen. Zusammen 9 Mio Kurzarbeiter.

Für Köln lauten die Zahlen: 56.830 Arbeitslose im Mai = 9,4%. Im April sind 5417 Menschen entlassen worden, im Mai 4160. Für 182.825 Arbeitnehmer ist Kurzarbeit beantragt – das sind 30% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Köln. Um die Anträge zu bearbeiten, wird das Personal hier verzehnfacht. Sabrina Nüchter, die Geschäftsführerin des Arbeitsamts, sagt, dass vor allem das Gastgewerbe, also der Tourismus-

Gut - das ist der Pfennig, aber wo ist die Mark?

Der Umfang des Konjunkturprogramms beträgt angeblich 130 Mrd Euro. Für den Bundeshaushalt bedeutet das ein riesiges Schuldenpaket. Das Programm teilt sich in ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket im Umfang von rund 77 Mrd Euro und ein Zukunftspaket von rund 50 Mrd Euro. Es fällt auf, dass die Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen mit 25 Mrd schon höher

könnte. Es geht auch nicht um finanzielle Erleichterungen für die Menschen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, sondern um gewaltige Rettungsschirme für Großkonzerne und Banken.

Paula Pawlik

Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes

Das Kohleausstiegsgesetz soll Anfang Juli verabschiedet werden.

Damit wird ein Vertrag zwischen Bund und Energiekonzernen mit folgenden Inhalten in Kraft treten:

- Die Abschaltungen der Kohlekraftwerke werden geregelt.
- Erst in knapp zwei Jahrzehnten, im Jahr 2038 soll das letzte Braunkohlekraftwerk abgeschaltet werden.
- Damit Kohlekraftwerke drei Jahre früher abgeschaltet werden, muß der Bund dies fünf Jahre vorher beschlossen haben.
- Das Gesetz sichert Konzernen wie RWE oder LEAG Entschädigungen bis zu 4,35 Milliarden Euro zu.
- Es musste eigens festgelegt werden, dass infolge von Regierungsentscheidungen den Konzernen keine weiteren Entschädigungsansprüche erwachsen, auch wenn ihre Profite dadurch negativ berührt sein sollten.

Ist die Demokratie somit von

Schadensersatzansprüchen der Monopole geschützt? Zunächst ist für die Vergangenheit zu fragen, warum den Konzernen 4,35 Milliarden Euro zugesteckt werden und welche demokratische Kraft dies gefordert, in Gesetzestext gegossen und ohne jegliche Begründung beschlossen hat?

An einem Beispiel gefragt, welcher Vollzeitarbeiter, kleiner Ladenbesitzer, Kurzarbeiter, Kneipenbetreiber oder gar Arbeitslose erhält eine Entschädigung, ohne nachprüfbare Begründung und bürokratische Beantragung einfach so überwiesen?

Was die Zukunft anbelangt, 2,6 Milliarden Euro werden direkt ans RWE gehen, ohne Garantien, dass es trotz einer Verbesserung der Konzernhaftung auch noch da sein wird, wenn die Folgekosten für Rekultivierung und Bergbau-Nachsorge (Hambach-„See“) einmal anfallen werden. Zum Vergleich, die Atomkonzerne wälzten seinerzeit zum Atomausstieg die sogenannten „Ewigkeitskosten“ der Kernenergie auf die öffentliche Hand, weil die Rücklagen nicht ausreichten.

Was passierte unterdessen im Revier?

Nicht nur der Braunkohlebergbau wurde während der Coronakrise weitergetrieben, der Widerstand gegen ihn ebenfalls.

Ende April haben Aktionsgruppen von

„Einsatz Kohlestopp“ und „Ende Gelände“ Kohlebagger im Rheinischen und im Lausitzer Braunkohlerevier besetzt.

Die Kohlegegner fordern einen Stopp des sogenannten Kohleausstiegsgesetzes; statt dessen sollen die Kohlekraft-

Fridays For Future« (FFF) gut heißen. .

Während der Coronakrise haben die Anwohner des Tagebaus Garzweiler II Ende April Proteste „Abstand halten - zu Virus und RWE“ organisiert. Insgesamt will das RWE sechs Dörfer



Klimademo in Köln am 1. Dezember 2018. Foto: Klaus Stein

werke sofort abgeschaltet werden. Diese Besetzungen wurden auch von

am Tagebau Garzweiler II abbaggern und dafür 1500 Menschen umsiedeln.

Viele Bewohner der betroffenen Dörfer leisten gegen die Umsiedlung weiterhin Widerstand und wollen bleiben.

Das RWE versucht, wie bei allen bisherigen Umsiedlungen üblich, die Dorf- und Widerstandsgemeinschaften durch hinterlistige finanzielle und psychologische Belohnungs- und/oder in

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 11, 50678 Köln

Aussicht gestellte Strafmaßnahmen zur Aufgabe ihrer Heimat zu veranlassen. Die ersten, die aufgeben, erhalten die besten „Ersatz-“grundstücke oder verlockendere Angebote, als die Zurückgebliebenen, die, je weniger sie werden, mit desto weniger abserviert werden.

Ein anderes Mittel eines ausgewachsenen Psychokrieges ist das Heranbaggern in die unmittelbare Dorfnähe, um damit die Bewohner, Tag und Nacht, dem ohrenbetäubenden Lärm und/oder Staubentwicklung usw. auszusetzen, und das, obwohl, wie im Falle des Dorfes Keyenberg, der Tagebau erst für das Jahr 2023 geplant ist.

Die verlassenen Häuser werden umgehend abgerissen, das von klein auf gewohnte Dorfbild wird mutwillig zerstört, die Zurückgebliebenen sollen in die Resignation getrieben werden.

Die letzten werden enteignet! Enteignung, die z.B. gegen die sogenannte „wirtschaftliche Verwertung“ (Profittieren statt Konservieren) des Wohnungsbestandes durch Wohnungskonzerne das Mittel der Wahl ist, jedoch als Untergang des Abendlandes verteuft wird - von den Energiekonzernen wird sie schon seit

Jahrzehnten praktiziert.

Die Dörfer sollen platt gemacht werden, obwohl nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auch bei Erhalt aller Dörfer bis 2038 genug Kohle abgebaut werden kann!



Transparent auf der Demo am 6. Okt. 2018

Ob die Konzerne und ihre Laschet-Regierung darauf aus sind, dass ein Ausstieg aus dem Kohleausstiegsgesetz in den nächsten zwei Jahrzehnten noch möglich ist? Eine weitere Vorleistung in dieser Richtung ist das Ausbremsen der Erneuerbaren Energien, sie sollen die Kohle nicht ersetzen.

Raimund

**Unser nächster Gruppenabend:
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!